



Auskunft erteilt:	Herr Doll	Amt/EB:	36-Umweltamt
Tel.:	0261 129 1541	e-mail:	christian.doll@stadt.koblenz.de
Koblenz,	12.05.2021		

Niederschrift Nr. 1

über die Sitzung des Umweltausschusses vom 06.05.2021

Anwesend sind:

Vorsitzende/r des Gremiums
Herr David Langner, Oberbürgermeister

Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Herr Dr. Thomas Bernhard,
Frau Ute Görge, c/o Fraktion Grüne
Herr Uwe Lütge-Thomas,
Frau Dr. Tabea Stötter,

Stv. Ratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen
Frau Laura Martin Martorell,

Vorsitzende/r Ratsfraktion CDU
Frau Anna-Maria Schumann-Dreyer,

Ratsfraktion CDU
Herr Manfred Diehl,
Herr Prof. Dr. Wolfgang Fröhling,
Herr Michel Guretzke,

Ratsfraktion SPD
Herr Thomas Kirsch,
Herr Dr. Thorsten Rudolph,
Herr Norman Schneider,

Ratsfraktion AfD
Frau Katrin Vogel,

Ratsfraktion FW
Frau Kathrin Laymann,

Ratsfraktion WGS
Herr Rüdiger Neitzel,

Stv. Ratsfraktion Die Linke
Frau Annika Böhmer,

Ratsfraktion FDP
Herr David Hennchen,

Behindertenbeauftragte/r
Herr Joachim Seuling,

Sonstige Ehrenämter
Jule Ternes Jugendrat, c/o Jugendkunstwerkstatt Koblenz e.V.

Verwaltung
Frau Monika Effenberger, Frau Katrin Freiberg, Frau Dagmar Körner, Frau Natalia Krüger, Herr Bernd Bodewing, Herr Christian Doll

Schriftführer/in
Herr Christian Doll,

Nicht anwesend sind:

-

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- Punkt 1: Fairtrade-Town Koblenz
Vorlage: BV/0226/2021
- Punkt 2: Klimaschutzkonzept - Sachstandsbericht für das Jahr 2020 und Ausblick 2021
Vorlage: UV/0136/2021
- Punkt 3: Sachstandsbericht zur Entwicklung der im Rahmen des „Sofortprogrammes Saubere Mobilität“ aufgelegten Förderprogramme
Vorlage: UV/0137/2021
- Punkt 4: Verschiedenes

Öffentliche Sitzung:

Zum Protokoll der Sitzung vom 04. März 2021 gibt es folgende Ergänzung:

Bei der Diskussion des Entwurfs (Baumschutzsatzung) wurde folgende Ergänzung des Paragraphen 6 Abs. 2 beantragt:

Bei triftigem Grund ist eine Befreiung zu erteilen.

Punkt 1:	Fairtrade-Town Koblenz
	Vorlage: BV/0226/2021

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

- abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
- weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
- einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

1. Der Stadtrat beschließt die Teilnahme der Stadt Koblenz an der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“, von TransFair – Verein zur Förderung des Fairen Handels in der Einen Welt und damit, den Titel „Fairtrade-Town“ anzustreben.
2. Mit dieser Entscheidung beschließt der Rat der Stadt Koblenz gleichzeitig als ersten Schritt, bei allen Rats- und Ausschusssitzungen sowie im Büro des Oberbürgermeisters Kaffee und ein weiteres Produkt aus Fairem Handel anzubieten.
3. Der Stadtrat beauftragt die Verwaltung, entsprechend der fünf Bewerbungskriterien eine Steuerungsgruppe zu bilden, die auf dem Weg zur „Fairtrade-Trade“ die Maßnahmen entsprechend koordiniert.

Sobald die Kriterien erfüllt sind, reicht die Verwaltung die Bewerbung der Stadt Koblenz als „Fairtrade-Town“ bei TransFair ein.

Protokoll:

Es wird gefragt, ob eine Fairtradetown-Info auf das Ortseingangsschild darf. Auf Nachfrage bei der Straßenverkehrsbehörde ist dies nicht möglich.

Eine ergänzende Beschilderung an geeigneter Stelle wäre in Koblenz denkbar.

Punkt 2: Klimaschutzkonzept - Sachstandsbericht für das Jahr 2020 und Ausblick 2021
Vorlage: UV/0136/2021

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

- abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
- weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
- einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis.

Protokoll:

Die Unterrichtung wird gelobt. Es wird gefragt, warum von 2017 auf 2018 der Energieverbrauch der Lampen zunächst gestiegen und weiter hinten wieder gesunken ist. Es wird vermutet, dass die Energiesenkung in den letzten Jahren kam, aber das wird nicht klar genug herausgestellt. Das Ausschussmitglied bedauert, dass nur die Verwaltung einen Energieanstieg zu verzeichnen hat, obwohl sonst alle Energieverbräuche sinken.

Der Vorsitzende erklärt, dass die Umstellung der LED Straßenbeleuchtung im Jahr 2020 stattgefunden hat, daher konnte sich das noch nicht in den dargestellten Verbrauchswerten niederschlagen.

Die Klimaschutzbeauftragte bestätigt die Umstellung im letzten Jahr und hofft sehr, dass sich das im nächsten Sachstandsbericht auch in den Verbrauchszahlen niederschlagen wird. Ein Ausschussmitglied fragt bezogen auf die Wasserkraft, ob es sich bei dem Strom aus Neuanlagen um Strom-Zertifikate oder tatsächlich Neuanlagen in der Region handelt. Die Klimaschutzbeauftragte erklärt, dass es sich um Nachweise handelt, wo der Strom herkommt. 1/3 kommt sicher aus Neuanlagen mit Herkunftsnachweis. Strom-Anbieter melden ihre Anlagen ans Umweltbundesamt. Sobald Strom aus dieser Liste bezogen wird, wird das im Register gelöscht, der zertifizierte Strom wird also nicht mehrfach vergeben. Es handelt sich bei den Herkunftsanlagen nicht um extra in Deutschland gebaute Anlagen, aber sicher um Neuanlagen, die 0-6 Jahre alt sind.

Zum Sachstand Ökoprofit wird gefragt, warum aktuell weder Betriebe noch Vereine vertreten sind. Sind Eigenbetriebe der Stadt enthalten? Herr Bodewing erklärt, dass die Überzeugungsarbeit bei Betrieben für die Aktion leider schwer fällt. Es wird angeregt, dass man dann nochmal aktiv und vermehrt auf die großen Betriebe, wie z.B. den Kemperhof, zugehen soll. Herr Bodewing ergänzt dazu, dass der Kemperhof in der ersten Runde dabei war, sich aber später aus der Aktion zurückgezogen hat.

Ein Ausschussmitglied zeigt ein Foto aus Rübenach bezgl. eines verbautem Geh- und Radweg. Er zitiert den ersten Absatz auf S. 25 des Berichts und ist der Meinung, dass die Stadt ihrem eigenen

Anspruch hier nicht gerecht wird. Er bemängelt, dass das neue Gebäude auf dem an den Tennisplatz angrenzenden Grundstück den Gehweg/Radweg unterbricht. Das sei entgegen der auf S. 25 genannten Ziele des Klimaschutzes.

Der Vorsitzende erklärt, dass das ein Thema der Bauverwaltung ist, von dort liegt aber wegen der Kurzfristigkeit seiner Anfrage noch keine Antwort. Es besteht die Möglichkeit, dass er sich mit seiner Fraktion kurzschließen und die Thematik im zuständigen Ausschuss einbringen kann. Er sagt ihm aber eine schriftliche Antwort der Verwaltung zu.

Von Amt für Stadtplanung und Bauordnung wurde wie folgt Stellung bezogen:

„Der Vergleich mit der Aachener Straße Innerortslage hinkt. Dort ging es um die Fortsetzung eines innerörtlich vorhandenen Gehweges, der mit der Abparzellierung von sogenannten Streifenparzellen unter Beibehaltung der damals notwendigen Bundesstraßenbreite (B 258) gewährleistet werden konnte.

Beim Tennisplatz sind wir im Übergang zum Außenbereich, wo auf dieser Seite der Aachener Straße kein Gehweg vorhanden ist, sondern demgegenüber auf der südlichen Seite der L98/ehem. B258 ein ausreichend breiter Fuß- und Radweg vorhanden ist.

Damit wurde im Baugenehmigungsverfahren für das jetzt vom Ausschussmitglied angesprochene Wohnprojekt Cako drauf verzichtet, dass wir auf dem Privatgrundstück von Herrn Cako Grunderwerb oder Grundstücksabtrennungen für einen "in der Luft hängenden" Gehweg, der dann nur auf dieser Grundstückslänge angeordnet worden wäre, machen konnten.

Sollte zu einem späteren Zeitpunkt hier auch ein Gehwegausbau, aus welchen Gründen auch immer, noch erforderlich werden, kann dies dann immer noch - und zwar dann zusammenhängend - gemacht werden.

Der dortige Bebauungsplan 235 setzt nur pauschal eine Verkehrsfläche ohne Untergliederung fest, durch die Umgestaltung und den Einbau der Insel wurde dem lang gehegten Wunsch des Ausschussmitgliedes nach einer Geschwindigkeitsbremse genüge getan, Fußgänger haben auf der anderen Straßenseite genügend Platz, um bis zum Tennisplatz und dem Vereinsheim zu gelangen und dann die Straße zu queren. Jetzt noch mehr Fläche zu versiegeln, wäre sicherlich nicht im Sinne des Klimaschutzes.“

Ein weiteres Ausschussmitglied merkt an, dass seine Fraktion auch eine Reihe Fragen zum Bericht hat, diese aber in Form einer kleinen Anfrage an die Verwaltung stellt.

Es wird darum gebeten, dass der Energieverbrauch nicht nur absolut dargestellt wird, sondern auch in Relation zur Gebäudefläche. Der Vorsitzende sagt eine Prüfung und ggf. Anpassung zu. Auf Seite 26 oben (Ü 8.1) ist angegeben, dass im Zuge des Flächennutzungsplanes geeignete Flächen für den Bau von Erneuerbare-Energien-Anlagen identifiziert werden sollen. Dazu wird gefragt, welche Anlagen gemeint sind. Ebenfalls stellt sich diese Frage bei dem Punkt klimafreundliche alternative Wärmeerzeugung (Ü 8.2).

Die Klimaschutzbeauftragte antwortet auf diese Frage, dass Sie das beim Bauamt nachfragen und dann rückkoppeln wird. Das Thema wurde bereits im Ausschuss für Stadtentwicklung und Mobilität (ASM) behandelt. Hierzu ist dem Protokoll eine Unterrichtungsvorlage aus der Sitzung des ASM vom 24.03.2021 beigelegt.

Ein Ausschussmitglied ist der Meinung, dass das Baudezernat nichts für den Umweltschutz tut. Darum solle man sich kümmern, nicht darum, immer weitere Pläne zu erarbeiten.

Daraufhin erwidert der Vorsitzende, dass auch das Baudezernat Wert auf den Klimaschutz legt. Die Umweltthematik wird in allen Gremien der Stadt immer mit beschlossen/beraten. Zum Beispiel wird das Thema Gebäudesanierung vom Baudezernat abgearbeitet. Insofern und auch mit anderen Themen ist auch das Baudezernat in Sachen Umweltschutz tätig.

Ein anderes Ausschussmitglied gibt zu bedenken, dass alle Fraktionen an den Entscheidungen des Bauamtes beteiligt sind, das sollte man auch berücksichtigen. Zudem sind die Fraktionen auch in den anderen Ausschüssen pro Umwelt unterwegs.

Der Behindertenbeauftragte bezieht sich auf S. 58 auf die Umsetzung des Nahverkehrsplans (V 6). Er berichtet insbesondere von negativem Antwortverhalten der KOVEB ihm gegenüber (Belange der Barrierefreiheit, Anregungen der Behindertenvertretung). Das gehört für ihn aber auch zu einer

Attraktivierung des ÖPNV. Weiter findet er das Angebot auf S.76 zum vhs-Kurs Klimafit sehr interessant, er bittet aber darum, auch an beeinträchtigte Personen zu denken bei der Zugänglichkeit (insbesondere seh- und hörgeschädigte Menschen).

Der Vorsitzende erklärt, dass die Stadt nun deutlich mehr Einfluss auf KOVEB hat. Er verspricht, dass er die Kritik bzgl. des Antwortverhaltens mit ins nächste Gesellschafter-Treffen nehmen wird. Es wird zu S. 16 zur Maßnahme SV 15 – Einführung des VRM-Job-Tickets für die städtischen Bediensteten gefragt, wie viele aktuell das Ticket nutzen.

Der Vorsitzende antwortet, dass ca. 100-200 Mitarbeitende das Ticket nutzen. Frau Körner ergänzt mit dem Verweis auf S. 77. So haben zum 31.12.2020 173 Mitarbeitende das Ticket genutzt. Dazu bestätigt der Vorsitzende, dass diese Zahl noch ausbaufähig ist.

Dazu wird gefragt, woran die geringe Nutzung des Jobtickets liegt. Er regt an, dass die Verwaltung das mal intern nachfragen soll.

Der Vorsitzende gibt die aktuelle Pandemie-Situation zu bedenken. Diese ist nicht gerade förderlich für den ÖPNV. Dazu werden in der Gesellschafter-Versammlung schon Überlegungen angestellt.

Das gilt nicht aber nicht nur fürs Jobticket, sondern für den ÖPNV insgesamt.

Dazu wird angeregt an, dass man zur Änderung des Verkehrsverhaltens eigentlich auch über die ÖPNV Nutzung hinausdenken müsste. Das sei z.B. im Masterplan Green City mit dem Mobilitätsmanagement insgesamt angeregt worden. Die Entwicklung müsste insgesamt Richtung besseres Mobilitätsmanagement gehen.

Ein Ausschussmitglied fragt, was Solartracker sind. Die Klimaschutzbeauftragte erklärt, dass Solartracker nachführbare Solaranlagen sind, die sich automatisiert dem Sonnenstand anpassen. Deshalb haben die Anlagen einen höheren Wirkungsgrad.

Auf die Frage, ob etwas zum Klärwerk im Bericht zu finden ist, erwidert die Klimaschutzbeauftragte, dass das Klärwerk im Bericht vom letzten Jahr ausführlich dargestellt wurde. Deshalb ist es jetzt nicht mehr dabei, kann aber in den nächsten Sachstandsbericht wieder mit aufgenommen werden.

Punkt 3: Sachstandsbericht zur Entwicklung der im Rahmen des „Sofortprogrammes Saubere Mobilität“ aufgelegten Förderprogramme
Vorlage: UV/0137/2021

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen

weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt

einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis.

Protokoll:

Zum Landstrom, der denen auf der Mosel anlegenden Schiffe angeboten wird, wird gefragt, wie viele Hotelschiffe maximal dort anlegen können. Der Vorsitzende erklärt, dass maximal 6 Schiffe

dort aus Lärm- und Platzgründen anlegen dürfen. Laut Hafensatzung gibt es auch eine Anschlusspflicht an die Landstromversorgung, um Lärm und Luftbelastungen zu vermindern. Diese Maximalbelegung führt ab und an leider dazu, dass Schiffe in anderen Uferbereichen anlegen, auf welche die Stadt keinen Einfluss hat.

Ergänzend wird gefragt, ob auch am Anleger in Ehrenbreitstein zukünftig Landstromversorgung angedacht ist. Der Vorsitzende teilt mit, dass noch keine abschließende Entscheidung gefallen ist.

Es wird angemerkt, dass die Attraktivierung des ÖPNV im Nahverkehrsplan, nicht von Abgasstandards abhängt, sondern von der Ausstattung der Bushaltestellen. Die Ausgestaltung der Haltestellen ist wichtig, wann geht das los, wann wird das besser?

Der Vorsitzende entgegnet, dass die Tabelle die Maßnahmen des Sofortprogramms Saubere Luft aufzeigt, deshalb werden die Haltestellen dort nicht behandelt. Das Thema Haltestellen ist aber an anderer Stelle in der Umsetzung. Die Haltestellen werden nach Übernahme durch die KOVEB entsprechend angepasst. Sowohl bei den übernommenen, als auch bei von der KOVEB neu gebauten Haltestellen wird alles nach entsprechende Vorgaben hinsichtlich der Ausstattung geändert.

Ein Ausschussmitglied weist auf eine weitere Umsetzung von Maßnahmen zur Stärkung des Radverkehrs hin. Er vermisst einen Förderantrag oder eine Umsetzung der Stadt aus eigener Tasche. Er gibt zu bedenken, dass die B 9 in West-Ost-Richtung nur drei mögliche Querungen aufweist und alle sind für Fahrradfahrer nicht geeignet. Insofern bittet er darum, Förderanträge zur Ertüchtigung dieser Querungen für den Radverkehr mit aufzunehmen oder aus dem städtischen Haushalt die Ertüchtigung zu finanzieren.

Der Vorsitzende weist daraufhin, dass der Vorschlag des Ausschussmitgliedes eher etwas für den Radentscheid wäre.

Zu der Anschaffung der Gasbussen wird gefragt, wo das Biomethan herkommt und ob es überwacht wird, dass beim Tanken oder auf dem Weg zur Tankstelle auch ja kein Methan austritt. Der Vorsitzende erklärt, dass extra eine Tankstelle bei der KOVEB gebaut worden ist. Die Anlage entspricht den entsprechenden behördlichen Genehmigungen und muss die gesetzlichen Vorgaben einhalten. Es folgt eine Anmerkung zum Thema P&R. Die Plätze sollten nicht nur außerhalb der Innenstadt, sondern lieber noch außerhalb der Stadt liegen. Das Ausschussmitglied fragt nach neuen Entwicklungen zu P&R. Der Vorsitzende teilt mit, dass es aktuell ein Projekt unterhalb der Kurt-Schumacher-Brücke gibt. Der Verkehrsverbund lehnt generell diese Parkplätze ab. Wenn überhaupt, akzeptiert er sie nur an den ganz entfernten Punkten, meistens eher mit Umstieg auf die Schiene. Der Verkehrsverbund muss bei solchen Planungen ebenso wie die umliegenden Gemeinden zustimmen. Da die Stadt nicht alleine entscheiden kann, ergeben sich kaum Umsetzungsmöglichkeiten. Deshalb gibt es zurzeit nur das Projekt Kurt-Schumacher-Brücke. Aktuell gibt es hier Besprechungen zur Ticketgestaltung. Es wird ergänzt, dass es sinnvoll sei, P&R außerhalb der Stadt anzusiedeln. Das Ausschussmitglied hofft, dass die Verwaltung aber an dem Thema dranbleibt. P&R an der Kurt-Schumacher-Brücke ist ein Anfang. Sie begrüßt die kleinen Schritte, bittet aber, das Thema weiter voranzutreiben. Es muss sich auch für den Autofahrer lohnen, umzusteigen. Auch der Vorsitzende sieht das Projekt an der Kurt-Schumacher-Brücke als Auftakt, so wurde es auch schon im Rat kommuniziert. Dann sollen weitere Schritte folgen. Ein Ausschussmitglied ergänzt, dass ein Umsteigen so früh wie möglich, am besten in Züge, sehr sinnvoll ist. Das Projekt Kurt-Schumacher-Brücke müsste man analysieren um die Ergebnisse zu nutzen.

Ein Ausschussmitglied weist darauf hin, dass zu wenige Ladesäulen geplant sind und viel mehr investiert werden muss. Es wird vorgeschlagen, dass die Stadt sich die schönsten Punkte herausnehmen und den Rest möglichst schnell für Drittanbieter freigeben soll. Der Zustand in Koblenz ist nicht angemessen im Hinblick auf die Verkehrswende und den Klimaschutz, das Tempo sei viel zu langsam. Der Vorsitzende teilt die Information, die eigentlich unter dem Tagesordnungspunkt Verschiedenes vorgetragen werden sollte, mit. Er informiert über die intensive Auseinandersetzung mit der Thematik innerhalb der Verwaltung, die Notwendigkeit einer europaweiten Ausschreibung, über den Entschluss, die Standorte in den Gremien noch vor der Sommerpause beraten zu lassen,

damit dann die Ausschreibung gestartet werden kann. In den Gremien ist die Diskussion dann nochmal genauer zu führen. Auch sog. Schnelllade-Hubs sollen dazu kommen. Dort ist die Verwaltung auch auf der Suche nach geeigneten Flächen, die angeboten und von Dritten mit Lade-Hubs bedient werden können.

Zum Radverkehr weist ein Ausschussmitglied auf die Eisenbahnstrecke Koblenz-Bassenheim und der potenziellen Nutzung als Radweg hin. Die Strecke liegt 30 Jahre still, keiner weiß Bescheid wie es weiter gehen soll. Nach seiner Kenntnis soll in dem Zusammenhang aktuell eine Machbarkeitsstudie erstellt werden. Jedoch bittet er den Vorgesetzten um eine klare Aussage über den Sachstand. Der Vorsitzende erklärt, dass dieses Thema nicht Teil der Tagesordnung ist. Die Radanbindung und die Bahntrasse sind Themen der Straßenplanung. Er weist das Ausschussmitglied darauf hin, dass so etwas vorab in der Fraktion besprochen werden muss und von dort in die richtigen Gremien zu bringen ist.

Ein anderes Ausschussmitglied ergänzt diese Ausführungen und bestätigt, dass die Verwaltung bereits an der Thematik arbeitet.

Punkt 4: Verschiedenes

Der Ausschuss hat die Angelegenheit

- abschließend ungeändert geändert ohne Beschlussempfehlung beschlossen
- weitergeleitet z. Kenntnis genommen abgesetzt verwiesen vertagt abgelehnt
- einstimmig mehrheitlich mit _____ Enthaltungen und _____ Gegenstimmen

Beschluss:

Der Umweltausschuss nimmt die Angelegenheit zur Kenntnis.

Protokoll:

- Die Tischvorlage zu NO₂-Werte wird ins Protokoll aufgenommen.
- Die Klimaschutzbeauftragte informiert zum Thema Projekt Durchgrünung
Anfang des Jahres gab es einen Projektauftrag zur Anpassung Urbaner Räume an den Klimawandel. Zur Teilnahme muss im ersten Schritt eine Projektskizze, dann ein Förderantrag eingereicht werden. In Koblenz haben Hochschule, Universität und der Eigenbetrieb Grünflächen und Bestattungswesen gemeinsam eine Projektskizze eingereicht. Im Rauental soll der Verkehrsraum der Moselweißer Straße hinsichtlich einer klimaangepassten Begrünung mit Bewässerungsmanagement und Insektenschutz/Biodiversität angepasst werden. Auch eine optimale Aufteilung des Straßenraums soll betrachtet werden. Anlieger sollen aktiv in den Prozess mit eingebunden werden. Es handelt sich um eine modellhafte Erarbeitung, sie soll als Wegweiser für zukünftige Planung dienen. Die Förderquote liegt bei 90%, für Hochschule und Uni (Personalkosten) könnte sie auf 100 % gesteigert werden. Das Projekt soll im 4. Quartal 2021 beginnen und bis 2024 laufen. Aktuell hoffen die Projektpartner auf den Zuschlag und müssten dann den eigentlichen Antrag stellen.

- Ein Ausschussmitglied bittet darum, in Zukunft die Vorlagen viel genauer auf den Klimaschutz zu prüfen. Die Sätze sind in den Vorlagen zu lapidar formuliert. Es sollte lieber die Angabe „keine Auswirkungen auf den Klimaschutz“ gemacht werden, als irgendetwas hinein zu schreiben. Der Vorsitzende erklärt, dass dieses Thema in der Klimaschutzkommission behandelt wird. Dort überlegt man schon länger, wie man das mit mehr Inhalt füllen kann. Allerdings stimmt der Vorsitzende in dem aktuellen Beispiel (Fair Trade Town) dem Ausschussmitglied nicht zu. Das Feld in den Vorlagen sollte nicht zu viel Arbeit bei der Verwaltung binden. Denn dann fehlt die entsprechende Arbeitszeit für wichtigere Bereiche. Er versteht es, wenn es zu Diskussion bei Bauanträgen kommt, aber bei Punkten im Umweltausschuss fällt es ihm schwer, ihrer Argumentation zu folgen. Ein weiteres Ausschussmitglied unterstützt die Kritik.
- Ein Ausschussmitglied hat noch eine Frage zum Thema Lärmaktionsplanung. Er hat am 05.05.2021 in der Rheinzeitung gelesen, dass eine Lärmschutzanlage an der A 48 erstellt werden soll, wohl auf Betreiben von Herrn Baudezernten Flöck. Er wundert sich, warum das nicht im LAP bei der Erstellung aufgenommen wurde. Ein Lärmschutzkonzept müsste doch in allen Gremien beraten werden. Der Vorsitzende weist erneut darauf hin, dass diese Thematik heute nicht auf der TO steht. Er gibt aber zu bedenken, dass es durchaus positiv ist, wenn im Lärmschutz etwas gemacht werden kann, sollte man das tun und begrüßen, auch über den LAP hinaus. Er bittet erneut darum, dass das in den Fraktionen diskutiert wird. Dennoch hat er hat die Anfrage aufgenommen, die Verwaltung wird recherchieren und dann informieren.

Der Vorsitzende:



David Langner

Oberbürgermeister

Der Schriftführer:



iv. Michael Fench
Christian Doll